

Unverkäufliche Leseprobe



Friedrich Wilhelm Graf, Heinrich Meier
Die Zukunft der Demokratie
Kritik und Plädoyer

2018. Rund 368 S., Klappenbroschur
ISBN 978-3-406-72614-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/8289>

C·H·Beck

PAPERBACK



Edition der
Carl Friedrich von Siemens
Stiftung

Friedrich Wilhelm Graf und
Heinrich Meier (Hg.)

Die Zukunft der Demokratie

Kritik und Plädoyer

Mit Beiträgen von
Sabino Cassese
Dan Diner
Horst Dreier
Egon Flaig
Friedrich Wilhelm Graf
Heinrich Meier
Herfried Münkler
Dietrich Murswiek
Thomas L. Pangle
Peter Sloterdijk

C.H.Beck

Redaktionelle Mitarbeit: Hannes Kerber

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2018

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 72614 9

www.chbeck.de

INHALT

FRIEDRICH WILHELM GRAF

Einleitung

7

HORST DREIER

Vom Schwinden der Demokratie

29

HERFRIED MÜNKLER

Verkleinern und Entschleunigen
oder die Partizipationsformen neu arrangieren?

83

EGON FLAIG

Wie entscheidungsfähig sind Demokratien?
Historische Rückbesinnung auf Gemeinwohl und
politische Kohäsion

121

PETER SLOTERDIJK

Von pseudonymer Politik
Über einige weit verbreitete Mißverständnisse
der Demokratie

171

THOMAS L. PANGLE

Was macht die amerikanische Demokratie
so außergewöhnlich?

203

DAN DINER
Volksouveränität und Legitimität
Historisches zum «Arabischen Frühling»
in prospektiver Absicht
235

SABINO CASSESE
Globale Dimensionen der Demokratie
265

DIETRICH MURSWIEK
Die Mehrebenendemokratie in Europa –
ein Ding der Unmöglichkeit?
293

HEINRICH MEIER
Epilog
Die Vergangenheit einer Illusion
341

Über die Autoren
353

Einleitung

I. Unbekannte Zukünfte

Wer nach der Zukunft von Gesellschaften, Staaten, politischen Institutionenordnungen und sozialen oder kulturellen Einrichtungen gleich welcher Art fragt, begibt sich in eine erkenntnistheoretisch schwierige Situation. Denn der temporale Modus «Zukunft» ist dadurch bestimmt, daß er das bald und unausweichlich kommende andere der «Vergangenheit» und zugleich das Ende der «Gegenwart» ist, die zukünftig zur Vergangenheit geworden sein wird. Mit Niklas Luhmann, einem ausgewiesenen Spezialisten für Temporalsemantik, kann man zwischen «der Zukunft (oder: dem Zukunftshorizont) der Gegenwart als dem Reich des Wahrscheinlichen/Unwahrscheinlichen» einerseits und «den künftigen Gegenwarten» andererseits unterscheiden, «die immer genau so sein werden, wie sie sein werden, und nie anders».¹ Schon mit Blick auf die Vergangenheit oder die vielen ganz unterschiedlichen Vergangenheiten sind Grenzen des Wissenkönnens evident; was einst – wann und wo auch immer – tatsächlich geschah, ist nicht zuletzt wegen mangelnder Quellen nur zu einem geringen Teil bekannt. Auch mit Blick auf die Gegenwart ist die Perspektivität menschlichen Wahrnehmens und Begreifens zu betonen: Niemand kennt die gegenwärtige Welt insgesamt. Mehr noch gilt dies mit Blick auf «die Zukunft». Sie ist gerade dadurch definiert, daß man von ihr nichts oder zumindest nichts Genaues wissen kann. Wäre es anders, wären den Menschen selbst die langfristigen Folgen ihrer Entscheidungen und

1 Niklas Luhmann: *Die Beschreibung der Zukunft*, in: *Beobachtungen der Moderne*. Opladen 1992, S. 129–147, hier S. 140.

Handlungen bestens bekannt, und das Problem nichtintendierter schlechter Folgen subjektiv gut gemeinten Handelns existierte nicht. In einer Welt des gesicherten Zukunftswissens wären die meisten Menschen unendlich reich, weil sie immer nur die auf lange Sicht richtigen, weisen Entscheidungen getroffen und etwa in besonders profitable Unternehmen investiert, also außergewöhnlich erfolversprechende, große Wertsteigerungen bringende Aktien gekauft hätten. Aber gesichertes Zukunftswissen ist eine Illusion. Menschen sind trotz ihrer Vernunftausstattung endliche, durch Irrtumsfähigkeit und begrenzte Orientierungskraft bestimmte Wesen, die nicht einmal Wahlergebnisse zutreffend prognostizieren oder beim Wetterbericht für die kommenden Tage das Risiko falscher Voraussage ausschalten können. Der temporale Modus der Zukunft ist durch Kontingenz bestimmt, und so mag es sein, daß es ganz anders kommt, als wir meinen, hoffen oder beabsichtigen. Gewiß kann und darf man gegenwärtige Trends in die Zukunft hinein fortschreiben und mit den Mitteln rationaler Prognose, etwa durch mathematische Rationalität, wahrscheinliche Entwicklungen vorausszusagen suchen. Dann wissen wir etwa, daß mehr Elektromobilität kommen wird und autonomes Fahren schon bald im Bereich des Wahrscheinlichen liegt. Aber es lassen sich keine vernünftigen Argumente dafür entwickeln, daß das futurologisch Vermutete tatsächlich eintreten wird. Denn niemand kann ausschließen, daß politische Ereignisse oder Entwicklungen eintreten, die den Menschen die Lust am Fahren nehmen oder Mobilität überhaupt unmöglich machen werden. Gesellschaften können sich vor katastrophalen Unfällen in großtechnologischen Einrichtungen wie etwa Atomkraftwerken zu schützen versuchen oder umfassende Präventionsmaßnahmen gegen Naturkatastrophen entfalten. Aber sie können nicht effektiv garantieren, daß es zu solchen Katastrophen niemals kommen wird. «Die Zukunft» bleibt riskant.

Erkenntnistheoretisch schwierig ist die Rede von «*der* Zukunft» auch deshalb, weil der Kollektivsingular suggeriert, es

gäbe so etwas wie die *eine* Zukunft. Es dürfte sehr viel sinnvoller sein, im Plural von «Zukünften» zu sprechen. Denn Vorstellungen von Zeit und Geschichte sind kulturell pfadabhängig, also äußerst vielfältig und heterogen. So kann es keineswegs als gesichert gelten, daß Menschen unterschiedlicher Herkunft dasselbe meinen, wenn sie von «der Zukunft» sprechen. Der Begriff Zukunft eröffnet einen extrem weiten Imaginationsraum, in den hinein Menschen ihre je eigenen Vorstellungen des Kommenden, von ihnen Erwarteten, sei es Befürchteten, sei es Erhofften projizieren können. Gerade mit Blick auf die Frage nach der Zukunft der Demokratie legt sich die entschiedene Pluralisierung der einen Zukunft in viele Zukunftsentwürfe nahe: Demokratie ist ein notorisch unscharfer, deutungsöffener und deshalb interpretationsbedürftiger Begriff. Seit ihren Anfängen war die liberale Demokratie eine institutionell äußerst vielgestaltige politische Ordnung, die der grundlegenden Idee der freien Selbstbestimmung aller Bürger in unterschiedlichen Verfahren und Einrichtungen Geltung zu verschaffen suchte. Das klassische Beispiel dafür ist das für die normative Idee der liberalen Demokratie konstitutive Prinzip der gleichen, freien und allgemeinen Wahl. Dieses Prinzip kann in außerordentlich divergenten nationalen oder bundesstaatlichen Wahlrechtsordnungen konkretisiert werden, die jeweils durch historisch kontingente Elemente geprägt sind. Man kann das am Beispiel des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland sehen: Die demokratietheoretisch höchst problematische Fünfprozentklausel, mit der die Wahlentscheidungen jener Bürger faktisch und folgenreich – die großen Parteien profitieren von ihr in erheblichem Ausmaß – annulliert werden, die sich für eine kleine, nur relativ wenige Wähler attrahierende Partei entschieden haben, läßt sich als Antwort auf das Scheitern der parlamentarischen Demokratie von Weimar und aus der in den frühen Jahren der westdeutschen Demokratie elementaren Sorge erklären, «Bonn» dürfe nicht «Weimar» werden.

So scheint es mit Blick auf die Zukunft der liberalen Demokratie nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern eher wahrschein-

lich, daß diese Ordnung der Freiheit sich je nach Ort und Zeit verschieden entwickeln kann und wohl auch wird. Die Zukunft der Demokratie mag in den USA anders aussehen als in vielen Ländern Asiens² und Lateinamerikas oder in europäischen Gesellschaften. Aber auch in Europa ist es der Fall, daß sich demokratische Prozesse gegensätzlich, widersprüchlich entwickeln und daß sich so trotz aller relativen Homogenisierungsversuche durch europäische Rechtssetzung und Rechtsprechung divergente Typen von Demokratie herausbilden. Selbst sehr aufmerksame Zeitgenossen können nicht wissen, in welche Richtung etwa die politischen Verhältnisse in Polen und Ungarn ausschlagen werden. Denn es ist unklar, ob die begrenzten rechtlichen Reaktionsmittel der Europäischen Union – den politischen Willen vorausgesetzt, sie effektiv auszuüben – dazu taugen, den drohenden oder nach Einschätzung vieler Beobachter bereits massiv eingetretenen Umbau der demokratisch-rechtsstaatlichen Institutionenordnung in ein autoritäres Herrschaftssystem zu verhindern. Mit Blick auf die Zukunft aktuell gefährdeter Demokratien läßt sich wohl nur sagen: Ohne selbstbewußte Demokraten, die mutig und diskursiv kämpferisch die vielen Vorzüge demokratischer Herrschaftsordnungen gegenüber autokratischen bzw. tendenziell diktatorischen Regimen öffentlich und mit überzeugenden Argumenten bekunden, wird die liberale Demokratie keine gute Zukunft haben.

Grenzen des Wissenkönnens lassen sich auch mit Blick auf andere demokratierelevante politische Konstellationen nicht transzendieren. So kann man, um ein für Europa und insbesondere Deutschland wichtiges Beispiel zu nennen, nichts Seriöses darüber sagen, ob der religiös grundierte Versuch des türkischen Staatspräsidenten, die Republik Türkei in eine

2 Siehe Stig Toft Madsen, Kenneth Bo Nielsen, Uwe Skoda (Hg.): *Trysts with Democracy. Political Practice in South Asia*. London–New York–Delhi 2011.

diktatorial-cäsaristische «Führerdemokratie» mit plebiszitären Elementen umzuwandeln, auf Dauer erfolgreich sein wird. Denn politische Entwicklungen werden nicht allein durch Macht, Herrschaftsordnung und Institutionensystem beeinflusst, sondern auch durch ökonomische Prägekräfte, außenpolitische Zufälle und Konflikte zwischen konkurrierenden gesellschaftlichen Akteuren. Gerade religiöse Mentalitäten und mit ihnen verbundene moralische Vorstellungen guten Lebens und Handelns bestimmen politisch relevante Weltdeutungen und das Selbstverständnis politischer Akteure oft sehr stark. Viele religiöse Ideen und mythische Vorstellungen in den monotheistischen Religionsfamilien stehen aber in elementarer Spannung zu modernen rationalen Konzepten demokratischer Herrschaft, für die immer die Idee der gleichen Freiheit aller konstitutiv ist. Wenn in der Demokratie, so Hans Kelsen in einer viel zitierten Formel, «der Wille des Staates [...] von denjenigen selbst erzeugt wird, die dieser Ordnung unterworfen sind»,³ bedarf sie keiner sakralen Letztbegründung – obgleich theologische Experten für die Deutung überkommener religiöser Symbolsprachen auch in der Moderne gern in diese Richtung tendieren. Wo es um religiösen Glauben geht, ist die theokratische Versuchung nicht fern, die in all ihren historischen Varianten immer eine hohe Affinität zu autokratisch-autoritären, entschieden nichtdemokratischen Herrschaftsordnungen aufwies. So dürfte es für die Zukunft der Demokratie entscheidend sein, ob sich die religiös geprägten Bürgerinnen und Bürger und speziell auch die Vertreter der Religionsgemeinschaften bereit finden, die politische Ordnung der parlamentarischen Demokratie als legitim anzuerkennen. An den Ideengeschichten der christlichen Ethik seit 1800 läßt sich zeigen, wie schwer sich christliche Theologen und hohe kirchliche Repräsentanten damit taten – und bisweilen immer noch tun –, vorstaatliche Freiheitsrechte der Bürger einschließlich des Grundrechts

3 Hans Kelsen: *Allgemeine Staatslehre*. Berlin 1925, S. 326.

auf Glaubens- und Gewissensfreiheit anzuerkennen und die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative zu akzeptieren.

Intensives Nachdenken über «die Zukunft» ist oft ein Ausdruck elementarer Verunsicherung. Wer «die Zukunft» zum Thema macht, will jedenfalls nicht in den Tag hineinleben, sondern möchte wissen, was möglicherweise oder wahrscheinlich auf ihn zukommen wird. Wer die Frage nach der Zukunft der Demokratie stellt, weiß: die liberale Demokratie versteht sich nicht von selbst. Er weiß um die Fragilität freiheitlicher Ordnungen und die bleibend wirksame Faszinationskraft antiliberaler, autoritärer Gegenentwürfe. Seit den Anfängen der modernen freiheitlichen Demokratie gehört die Rede von der «Krise der Demokratie» zum festen Bestand diskursiver Selbstthematisierung der demokratischen Ordnung. Der enge Zusammenhang zwischen Krisendiskurs und Zukunftsfrage prägte auch die demokratietheoretischen Intellektuellendebatten der Weimarer Republik.⁴

«*Demokratie* [...] ist *Volksregierung*, und *Demokrat*, wer dieser Regierungsart zugethan ist. Da indessen das ganze Volk sich nicht selbst regieren kann, so wird auch in einem *demokratischen Staate* immer ein Ausschuß der Bürger im Namen des Volks das eigentliche Staatsregiment führen müssen. Die Wahl dieses Ausschusses aber muß, wenn der Staat rein demokratisch sein soll, der Gesamtheit der Bürger überlassen bleiben, und jeder Bürger muß fähig sein, in diesen Ausschuß gewählt zu werden», erklärt 1827 der Frühliberale Wilhelm Traugott Krug,⁵ Nachfolger Immanuel Kants auf dem Königsberger Lehrstuhl für Philosophie und nach seinem Wechsel an die Leipziger Universität Autor der ersten deutschsprachigen

4 Siehe Rüdiger Graf: *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*. München 2008.

5 Artikel *Demokratie*, in: Wilhelm Traugott Krug (Hg.): *Allgemeines Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften, nebst ihrer Literatur und Geschichte*. Leipzig 1827, Bd. 1, S. 486.

Liberalismus-Geschichte. Daß jeder Bürger dazu wirklich «fähig» sei, ist seit den um die Wende zum 19. Jahrhundert intensiv ausgetragenen Kontroversen über die Legitimität der Französischen Revolution nicht nur von Gegnern der Demokratie immer wieder in Frage gestellt worden. Insofern stehen die aktuellen Debatten über «Postdemokratie» – ein schon in den frühen 1990er Jahren von Sozial- und insbesondere Politikwissenschaftlern vielfältig gebrauchter Begriff – im Kontext einer gut zweihundert Jahre andauernden Debatte darüber, ob die moderne repräsentative Demokratie mit dem Parlament als ihrer zentralen Institution wirklich «Demokratie» genannt zu werden verdient. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch bezeichnete in seinem 2004 erschienenen, vieldiskutierten Buch *Post-Democracy* die westlichen Demokratien der Gegenwart als «Postdemokratien», die nur noch Scheindemokratien seien: Bei der Postdemokratie handele es sich um «ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben». Das Konzept der Postdemokratie impliziert den Gegenbegriff der wahren Demokratie, in der alle Bürger aktiv und engagiert über die wirklich wichtigen Fragen des Gemeinwesens diskutieren und entscheiden. Crouchs ideale Demokratie setzt voraus, «daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen».⁶

6 Colin Crouch: *Postdemokratie*. Berlin 2008, S. 9 f.

Diese Vorstellung einer «echten» oder «wahren Demokratie» provoziert kritische Fragen: Wer entscheidet darüber, was die wirklich wichtigen Fragen des Gemeinwesens sind? Wem soll die Kompetenz zukommen, den Grad der Ernsthaftigkeit einer politischen Debatte zu bestimmen? Wer soll das «Maß an politischem Sachverstand» eines Bürgers beurteilen dürfen? In welchen Verfahren soll eruiert werden können, ob sich die Staatsbürger tatsächlich mit dem politischen Zeitgeschehen intensiv auseinandersetzen?

II. Demokratische Partizipation

Deliberative Demokratie ist anstrengend und zeitraubend. Die vor allem von Jürgen Habermas in Fortschreibung älterer liberaler Theorieentwürfe prägnant entfaltete Vorstellung, daß freie Bürger in einem idealiter herrschaftsfreien Prozeß aufeinander hören und sich in rationalen Verständigungsprozessen auf Dauer das beste Argument durchsetzt,⁷ ist höchst voraussetzungsreich. Vorausgesetzt wird zunächst, daß die Bürgerinnen und Bürger rational argumentieren können und gemeinsam auf die Wirkkraft der Vernunft vertrauen. Vorausgesetzt wird weiter, daß alle am demokratischen Austausch Beteiligten wirklich die beste Lösung wollen und dafür auch ihre Partikularinteressen zu begrenzen oder hintanzustellen vermögen. Vorausgesetzt wird zudem, daß sie zum Kompromiß instande sind, also nicht absolute, nicht mehr diskutierbare Wahrheits- oder Geltungsansprüche erheben – nach der Methode: ich allein kenne das wahre Problem und die richtige Lösung –, sondern sich und den anderen Diskursteilnehmern ein- bzw. zugestehen, der jeweils andere wisse es möglicherweise besser. Vorausgesetzt wird obendrein, daß im Prozeß der demokrati-

7 Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main 1992.

schen Deliberation und um der gemeinsamen Verständigung willen alle Beteiligten elementare Regeln bürgerschaftlicher Zivilität respektieren wollen und tatsächlich ernst zu nehmen fähig sind. Dies sind viele und alles andere als kulturell selbstverständliche Voraussetzungen, und deshalb ist gegen dieses liberale Konzept der Deliberation immer wieder der Einwand erhoben worden, es sei mit Blick auf die Bürgerschaft allzu optimistisch, gar naiv, weil realitätsfern. Sowenig man allen am ökonomischen Prozeß Beteiligten im Sinne der klassischen Rational-choice-Theorien klare kapitalistische Zweckrationalität, etwa das konsequent verfolgte Streben nach Profitmaximierung, unterstellen könne, sowenig könne man den Wahlbürgern systematische Vernünftigkeit und umfassendes Informiertsein zuschreiben. Jason Brennan, Professor für Politische Wissenschaft an der Georgetown University in Washington, D. C., hat 2016 in einem Pamphlet unter dem Titel *Against Democracy* mit Blick auf die USA zu zeigen versucht, daß die Wahlberechtigten alles andere als demokratiefähige und an guten Problemlösungen orientierte Wähler seien. De facto seien die meisten amerikanischen Wähler, wie viele empirische Studien über die Wählerschaft im Lande belegten, inkompetente, uninformierte, ideologieanfällige und zutiefst irrationale Akteure, weder fähig zu konsistenter Argumentation noch zu widerspruchsfreiem Handeln. Nicht nur seien ihre Kenntnisse über die Geschichte des eigenen Landes und mehr noch über die moderne politische Geschichte in anderen Erdteilen, speziell in Europa, erschreckend schwach. Vielmehr fehle ihnen auch jegliches Verständnis für die komplexe Institutionenordnung der amerikanischen föderalen Demokratie, und selbst so einfache Fragen wie die nach den Mehrheitsverhältnissen in Senat und Kongreß überforderten die meisten Wahlberechtigten. Brennan, Autoreiner Monographie über «Libertarianism»,⁸

8 Jason Brennan: *Libertarianism. What Everyone Needs to Know*. Oxford–New York 2012.

polemisiert nicht nur gegen die Dummheit und Ignoranz der wählenden Massen, sondern greift zugleich ein zentrales Prinzip der parlamentarischen Demokratie an – das Mehrheitsprinzip. Sein kritischer Einwand lautet: Die Privilegierung der Mehrheit leiste nur der Herrschaft der Blinden, ideologisch Verblödeten, Uninformierten und Differenzierungsunfähigen Vorschub. Keineswegs werde ein wahlberechtigter Bürger durch Teilnahme am demokratischen Prozeß moralisch sensibler, edler, gebildeter und klüger. Das Gegenteil sei nach allen relevanten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der Fall, und die gegebene repräsentative Demokratie biete gerade wegen des Mehrheitsprinzips keinen hinreichenden Schutz vor dem vielfältigen Schaden, den inkompetente Wähler immer wieder anrichteten. Brennan plädiert deshalb für einen grundlegenden Systemwandel. Man müsse die egalitäre Demokratie ob der fatalen Folgewirkungen ihres Prinzips des allgemeinen Wahlrechts in eine »Epistocracy« überführen, eine Herrschaft der wirklich Wissenden, durch Information, Differenzierungskraft und Selbstreflexion Kompetenten.⁹ Ernsthaft fordert der amerikanische Politikwissenschaftler Eignungstests zum Erwerb eines Wahlberechtigungsscheins. So wie man für die Teilnahme am Straßenverkehr mit einem Auto einen Führerschein erwerben muß, brauche man auch für die aktive Teilnahme am demokratischen Diskurs und an Wahlen einen Partizipationsberechtigungsschein, der in einer Prüfung zu erwerben sei. Dies provoziert die Fragen: Wer soll eine solche Prüfung abnehmen dürfen? In welchen Verfahren erwirbt man die Fähigkeit, als Prüfer zu fungieren? Wer entscheidet darüber, was man um der Wahlberechtigung willen mit Blick auf Geschichte, Politik und Institutionenordnung wissen muß? Brennans Prinzip der Selektion allein der Besten, Fähigsten, in dem alte platonische

9 Jason Brennan: *Against Democracy*. Princeton–Oxford 2016; deutsch: *Gegen Demokratie. Warum wir die Demokratie nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin 2017.

Traditionen der Philosophenherrschaft nachwirken, bleibt, wie Claus Leggewie in einer Rezension der deutschen Übersetzung des Buchs betonte, diffus.¹⁰ Wie viele andere Demokratieskeptiker, Demokratiekritiker oder politiktheoretisch hochgebildete Antidemokraten ignoriert Brennan die spezifische Leistungskraft moderner parlamentarischer Demokratien. Seine Kritik lässt eine ebenso konventionelle wie elitäre Angst vor den wahlberechtigten «Massen» erkennen. Für ihn gilt, was der Berliner Staatsrechtslehrer Christoph Möllers über die immer neuen Konjunkturen der Demokratiekritik von Intellektuellen geschrieben hat: «Viel vom Ressentiment gegen die Demokratie entstammt der Kränkung darüber, dass wir weder allein auf der Welt noch wichtiger als die anderen sind. Wir wollen unseren Willen bekommen, doch in der Demokratie bekommen wir ihn eher selten als öfter. Wir sind uns selbst näher als den anderen, aber die Demokratie reduziert uns – nicht überall, aber doch für den wichtigen Bereich der Politik – zu Gleichen, gleich mit Dummen und gleich mit Armen. Es ist leicht zu sehen, warum Demokratie gerade bei Gruppen, die sich selbst für Eliten halten, nicht immer beliebt ist. Aber die demokratische Zumutung der Demut mag ihnen nicht nur im politischen Leben weiterhelfen.»¹¹

Demokratien haben bei aller Fragilität unleugbare Vorzüge gegenüber autoritären oder gar diktatorischen Herrschaftssystemen. Macht ist in ihnen schon durch das Prinzip der Gewaltenteilung beständig begrenzt und fortwährend kontrolliert. Ihre Ausübung bleibt dem Vorrang von Recht und Gesetz unterworfen, auch wenn selbst in einem von einem starken Verfassungsgericht entscheidend geprägten Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland die Exekutive bisweilen dazu tendiert, diesen Vorrang aus leicht durchschaubaren populistischen

¹⁰ Claus Leggewie: *Ein Schuss gegen demokratische Illusionen, der danebengeht*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. April 2017.

¹¹ Christoph Möllers: *Demokratie. Zumutungen und Versprechen*. Berlin 2008, S. 117.

schen Motiven zu mißachten. Parlamentarische Demokratien produzieren keine Hungersnöte, schlachten die eigene Bevölkerung nicht ab, führen keine Kriege gegen andere liberale Demokratien und ermöglichen friedlichen Machtwechsel. Sie bieten der oppositionellen Minderheit den rechtlich gesicherten politischen Freiraum, im Ideenkampf der miteinander konkurrierenden Parteien dank guter Argumente, attraktiver Programmatik und überzeugender politischer Persönlichkeiten einmal zur Mehrheit zu werden. Auch anerkennen und garantieren sie elementare vorstaatliche Freiheits-, Grund- oder Menschenrechte und erlauben im Rahmen der Rechtsordnung ein Höchstmaß an öffentlich bekundbarer Pluralität der Weltdeutungen und Vielfalt der Lebensstile. Sie hindern niemanden daran, in den von der Rechtsordnung definierten Grenzen – die die Freiheit der jeweils anderen schützen sollen – das je eigene Ideal guten, glücklichen Lebens zu realisieren. «Und es darf ruhig [...] daran erinnert werden, daß die politischen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger nur in einem demokratischen Gemeinwesen wirklich Gewicht haben.»¹² Es ist nicht der geringste Vorteil der Demokratie, daß in ihr Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit als konstitutive Grundrechte geschützt sind und so ein freier diskursiver, unter den Bedingungen des modernen Pluralismus zumeist auch äußerst kontroverser Austausch über all jene Fragen und Probleme ermöglicht wird, die einzelnen Bürgern oder Gruppen von Bürgern wichtig sind. Niemand wird daran gehindert, seine individuelle Sicht der Dinge für politisch relevant zu halten und deshalb auf die Agenda des öffentlich zu Diskutierenden zu setzen.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de